

1. Umweltinformationsgesetz (UIG)

Die Regelungen über den Zugang zu Informationen über die Umwelt beruhen auf der EG-Richtlinie 90/313/EWG,¹⁸⁵ die – verspätet – durch das Umweltinformationsgesetz vom 8.7.1994 in deutsches Recht umgesetzt wurde.¹⁸⁶ Das UIG 1994 widersprach aber in mehreren Punkten den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben, was zur wiederholten Verurteilung Deutschlands durch den EuGH¹⁸⁷ und zu deutlicher Kritik in der Lit. führte.¹⁸⁸

75

Die RL 90/313/EWG wurde zum 14.2.2005 durch die RL 2003/4/EG¹⁸⁹ ersetzt, die einen Teil der aus dem Beitritt der EU zur Aarhus-Konvention folgenden Verpflichtungen umsetzt. Der Bundesgesetzgeber hat hierauf mit einer Änderung des UIG reagiert,¹⁹⁰ die sich im Hinblick auf die nach der Verfassungsreform 2006 fragliche Gesetzgebungskompetenz¹⁹¹ auf den Zugang zu Umweltinformationen gegenüber Stellen der öffentlichen Verwaltung des Bundes beschränkte.¹⁹² Die Länder¹⁹³ haben inzwischen flächendeckend eigene Regelungen erlassen. Teilweise verweisen sie vollinhaltlich auf die Bundesregelung und ergänzen diese durch Abweichungsklauseln. Andere Länder haben eigene Vollregelungen geschaffen (zB Bayern,¹⁹⁴ Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein), wiederum andere (wie Berlin) haben sie in ihre allgemeinen Informationsfreiheitsgesetze integriert.

76

Nach § 3 Abs. 1 S. 1 UIG hat jede natürliche oder juristische Person einen Anspruch auf freien Zugang zu Umweltinformationen. Hierbei handelt es sich im Gegensatz zu § 29 um ein voraussetzungslos gewährtes *Jedermann-Recht*.¹⁹⁵ Die Darlegung eines besonderen Interesses ist ebenso wenig erforderlich wie ein laufendes Verwaltungsverfahren. Das Recht steht allen Personen und – wie aus Art. 2 Nr. 6 UIRL und der Aarhus-Konvention hervorgeht¹⁹⁶ – darüber hinaus den nach innerstaatlichem Recht oder der innerstaatlichen Praxis anerkannten Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen zu, die sich in einer „Jedermann“ vergleichbaren Informationslage gegenüber informationspflichtigen Stellen befinden. Hierunter fallen zB Parteien,¹⁹⁷ Bürgerinitiativen,¹⁹⁸ Kirchengemeinden, Gemeinden,¹⁹⁹ Hochschulen oder Rundfunkanstalten.²⁰⁰

77

Das Umweltinformationsrecht ist als *Mindestzugangsprogramm* ausgestaltet,²⁰¹ denn andere – auch weitergehende – Zugangsansprüche bleiben nach § 3 Abs. 1 S. 2 UIG unberührt. Dies kann zB während des Verwaltungsverfahrens bedeutsam werden, wenn Ablehnungsgründe nach §§ 8, 9 UIG bestehen, weil § 29 Abs. 2 Ermessensnorm ist und darüber hinaus die Tatbestandsvoraussetzungen seiner Geheimhaltungsgründe teilweise anders gefasst sind.

78

Informationspflichtig sind – in deutlicher Abkehr von der früheren Beschränkung auf Behörden, die öffentliche Umweltschutzaufgaben wahrnehmen – die Regierung und *alle Stellen der öffentlichen Verwaltung*, soweit sie nicht im Rahmen der Gesetzgebung tätig werden (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 UIG).²⁰² Dies erfasst auch die privatrechtsförmig handelnde Verwaltung.²⁰³ Daneben sind *auch natürliche und juristische Personen des Privatrechts* informationsverpflichtet, soweit sie – im Zusammenhang mit der Umwelt stehende – öffentliche Aufgaben wahrnehmen oder öffentliche Dienstleistungen erbringen und dabei unter der Kontrolle (iSd § 2 Abs. 2 UIG) des Bundes oder einer unter der Aufsicht des Bundes stehenden juristischen Person des öffentlichen Rechts stehen (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 UIG). Dies betrifft Private, die gesetzlich oder vertraglich (auch gesellschaftsvertraglich)

79

zu öffentlichen, die Umwelt betreffenden Aufgaben herangezogen werden (zB DB Netz AG²⁰⁴ oder nach den entsprechenden landesrechtlichen UIG-Bestimmungen Betriebe der kommunalen Abfall- oder Abwasserentsorgung,²⁰⁵ Wasserversorgungsunternehmen, Energieversorgungsunternehmen,²⁰⁶ Straßenreinigung, Flugplatzbetreiber, Landschaftspfleger usw). Beliehene sind in europarechtsorientierter Auslegung Behörden iSd § 2 Abs. 1 Nr 1 UIG.²⁰⁷

Der Informationsanspruch erfasst Umweltinformationen iSd § 2 Abs. 3 UIG, der nahezu wortidentisch mit Art. 2 Nr 1 der UIRL ist. Der *weit auszulegende Begriff der Umweltinformation*²⁰⁸ erfasst neben umweltbezogenen Verwaltungsakten²⁰⁹ praktisch jede erdenkliche Information mit Umweltbezug.²¹⁰ Erforderlich ist lediglich ein gewisser Umweltbezug der Information.²¹¹ Nicht nur Tatsachen, sondern auch Bewertungen sind Umweltinformationen.²¹² Auch ein Umweltzustand aus der Vergangenheit kann Gegenstand eines Informationsanspruchs sein.²¹³ Ausscheiden dürften aber bspw. Pläne für Vorhaben, die vor Realisierung endgültig aufgegeben worden sind, soweit sie sich zu keinem Zeitpunkt auf Umweltfaktoren auswirken konnten.²¹⁴ 80

Beispiele: Informationen über die Finanzierung eines die Umwelt potenziell beeinträchtigenden Vorhabens;²¹⁵ in einer Datenbank enthaltene, aus den gesamten Einwendungen und Stellungnahmen zusammengefasste Argumente gegen ein geplantes Großvorhaben;²¹⁶ Zuteilungsbescheide nach dem TEHG;²¹⁷ technische Beschreibungen von Funkanlagen;²¹⁸ CO₂-Emissionen des Dienstwagens des Ministerpräsidenten;²¹⁹ arbeitsschutzbezogene Messergebnisse über die Bedingungen an einem Arbeitsplatz;²²⁰ Sicherheitskonzept des Transrapid und dessen Genehmigung;²²¹ Daten über die Kontrolltätigkeit einer Behörde über Puten-Transporte;²²² Informationen über Zahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt einschließlich näherer Angaben über Fördersumme und -empfänger;²²³ Angaben über die wirtschaftliche Realisierbarkeit einer umweltrelevanten Maßnahme wie zur Finanzierung des Vorhabens oder zur Finanzkraft des Vorhabenträgers,²²⁴ Daten über Baumfällungen beim Projekt Stuttgart 21,²²⁵ nicht aber Email-Verkehr über einen Polizeieinsatz.²²⁶ 81

Die beantragte Information muss bei der informationspflichtigen Stelle *vorhanden* sein (§ 2 Abs. 4 S. 1 UIG), eine Informationsbeschaffungspflicht besteht nicht. Wenn die aktenführende Behörde die Akten an die Rechtsaufsichtsbehörde oder eine andere Behörde abgegeben hat, ist auch diese Adressat des Informationsanspruchs.²²⁷ 82

Umweltüberwachungsdaten, die von Privaten aufgrund einer behördlichen Genehmigung erhoben werden müssen, unterfallen gem. § 2 Abs. 4 S. 2 UIG dem Informationsrecht. Der Zugang zu Umweltinformationen wird nach § 4 Abs. 1 UIG auf *Antrag* gewährt, der nicht formgebunden ist. Er muss hinreichend bestimmt sein und erkennen lassen, welche Informationen konkret verlangt werden. Die Anforderungen hieran dürfen nicht überspannt werden, es reicht zB aus, den Zugang zu allen Umweltinformationen eines bestimmten Vorgangs zu beantragen.²²⁸ Will jemand Einsicht in eine Akte, die umweltbezogene Informationen enthält, ist ihm nicht zuzumuten, diese näher zu konkretisieren, weil er den Vorgang im Einzelnen noch nicht kennt, sondern sich darüber erst unterrichten möchte.²²⁹ Anträge, die völlig ins Blaue hinein gehen, können jedoch zurückgewiesen werden.²³⁰ Hält die Behörde den Antrag für unbestimmt, so hat sie dies innerhalb eines Monats mitzuteilen und dem Antragsteller Gelegenheit zur Präzisierung seines Antrags zu geben (§ 4 Abs. 2 S. 2 UIG). § 4 Abs. 2 und 3 UIG enthalten dabei noch über § 25 hinausgehende Unterstützungs- und Beratungspflichten: Der Informationssuchende ist nicht nur bei der Stellung und Präzisierung seines Antrags zu unterstützen, sondern die über die begehrte Information nicht verfügende Behörde hat dem Antragsteller eine ihr ggf. bekannte Stelle, die über die Informationen verfügt, zu 83

benennen; sie kann den Antrag auch unmittelbar weiterleiten und den Antragsteller hiervon unterrichten (§ 4 Abs. 3 UIG²³¹).

Bevor der Informationszugang gewährt wird, sind entspr. § 28 *betroffene Dritte anzuhören*. Im Hinblick auf die kurze Entscheidungsfrist des § 3 Abs. 3 UIG von grds. einem Monat enthält § 9 Abs. 1 S. 3 UIG eine von § 28 Abs. 2 № 2 abweichende Spezialregelung.²³² Die Gelegenheit zur Stellungnahme kann im Hinblick auf die Entscheidungsfrist aber mit einer entsprechend kurzen Frist versehen werden. Die zweimonatige Frist des § 3 Abs. 3 S. 2 № 2 UIG gilt nur für sehr komplexe und umfangreiche Informationensuchen, ihre Inanspruchnahme ist vorab²³³ mitzuteilen (§ 4 Abs. 5 UIG).

84

Der Informationszugang kann durch *Akteneinsicht, Auskunft oder in sonstiger Weise* (zB Übersendung eines Gutachtens durch E-Mail als pdf-Datei) erfolgen, § 3 Abs. 2 S. 1 UIG. Das grundsätzliche Wahlrecht der Behörde wird aber dahin gehend eingeschränkt, dass von einer bestimmten Form, die beantragt ist, nur aus gewichtigen Gründen (zB deutlich höherer Verwaltungsaufwand²³⁴, effektiver Schutz von Rechten Dritter²³⁵) abgewichen werden darf. Ein Auswahlmessen besteht nur zwischen solchen Informationsmitteln, die im Wesentlichen die gleiche Informationseignung besitzen. Die Behörde hat insofern die Darlegungslast (vgl. auch § 4 Abs. 4 UIG).²³⁶

85

Die Entscheidung über einen Antrag auf Gewährung von Zugang zu Umweltinformationen ist – soweit eine Behörde oder ein hierzu Beliehener darüber entscheidet, also im Adressatenkreis des § 2 Abs. 1 № 1 UIG – Verwaltungsakt.²³⁷ Eine Ablehnungsentscheidung unterliegt den formalen Anforderungen des § 5 UIG, der einerseits für Behörden die allgemeinen verwaltungsverfahrensrechtlichen Anforderungen konkretisiert und andererseits insbes. für private Auskunftspflichtige (§ 2 Abs. 1 № 2 UIG), die keine Verwaltungsakte erlassen, bedeutsam ist.

86

Das Informationszugangsrecht ist – entsprechend dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz – bei Vorliegen von Ablehnungsgründen so weit wie möglich zu gewähren (vgl. § 5 Abs. 1 S. 1 UIG). Das UIG gliedert die *Ablehnungsgründe* vorbildlich in *zwei Fallgruppen*, die öffentliche Interessen (§ 8 UIG) und private Rechte (§ 9 UIG) repräsentieren.²³⁸ Die Ablehnungsgründe unterliegen einem Abwägungsvorbehalt zugunsten überwiegender *öffentlicher* Interessen am Informationszugang²³⁹ und sind entsprechend ihrem Ausnahmecharakter gem. Art. 4 Abs. 2 S. 2 UIRL eng auszulegen.²⁴⁰ Die dennoch gebundene Entscheidung ist voll gerichtlich überprüfbar.²⁴¹ Nach § 7 Abs. 3 UIG gewährleisten die informationspflichtigen Stellen, dass alle Umweltinformationen, die von ihnen oder für sie zusammengestellt werden, möglichst auf dem gegenwärtigen Stand, exakt und vergleichbar sind.²⁴²

87

Öffentliche Belange, die dem Informationsanspruch entgegenstehen können, sind in § 8 UIG abschließend aufgezählt, wobei Abs. 2 eine Ansammlung von Ablehnungsgründen beinhaltet, die verwaltungsverfahrensrechtlich eher der Unzulässigkeit des Antrags zuzuordnen wären (wie etwa dessen offensichtliche Missbräuchlichkeit oder fehlende Bestimmtheit).²⁴³ Nach § 8 Abs. 1 UIG ist der Antrag abzulehnen, soweit das Bekanntgeben der Informationen nachteilige Auswirkungen hätte auf (1) die internationalen Beziehungen,²⁴⁴ die Verteidigung oder bedeutsame Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit,²⁴⁵ (2) die Vertraulichkeit der Beratungen²⁴⁶ von informationspflichtigen Stellen iSd § 2 Abs. 1 UIG,²⁴⁷ (3) die Durchführung eines laufenden Gerichtsverfahrens, den Anspruch einer Person auf ein faires Verfahren²⁴⁸ oder die Durchführung straf-, ordnungswidrigkeiten- oder disziplinarrechtlicher Ermittlungen²⁴⁹ oder (4) den Zustand der Umwelt und ihrer Bestandteile iSd § 2 Abs. 3 № 1 oder

88

Schutzgüter iSd § 2 Abs. 3 Nr. 6 UIG.²⁵⁰ Die verwaltungsgerichtliche Kontrolle verlangt eine faktenbasierte Prognose, dass mit der Informationsfreigabe eine ernsthafte und konkrete Gefährdung des jeweiligen Schutzgutes entstünde.²⁵¹ Der Zugang zu Umweltinformationen über Emissionen²⁵² kann nicht unter Berufung auf die in den Nrn. 2 und 4 genannten Gründe abgelehnt werden.

Die Ablehnungsgründe des § 8 Abs. 2 UIG erstrecken sich auf einen Antrag, soweit er (1) offensichtlich missbräuchlich (insbes. querulatorisch) gestellt wurde,²⁵³ (2) sich auf interne Mitteilungen der informationspflichtigen Stellen iSd § 2 Abs. 1 UIG bezieht,²⁵⁴ (3) bei einer Stelle, die nicht über die Umweltinformationen verfügt, gestellt wird, sofern er nicht nach § 4 Abs. 3 UIG weitergeleitet werden kann, (4) sich auf das Zugänglichmachen von 89 Material, das gerade vervollständigt wird, noch nicht abgeschlossener Schriftstücke oder noch nicht aufbereiteter Daten bezieht (→ § 72 Rn. 227) oder (5) zu unbestimmt ist und auf Aufforderung der informationspflichtigen Stelle nach § 4 Abs. 2 UIG nicht innerhalb einer angemessenen Frist präzisiert wird.

In § 9 UIG ist der Schutz sonstiger Belange geregelt, der *private Interessen* betrifft. Ergänzend sind – unübersichtliche – verfahrensrechtliche Regelungen getroffen. Die Schutztatbestände des § 9 UIG haben für die Begünstigten drittschützenden Charakter.²⁵⁵ Der Informationszugang ist abzulehnen, soweit²⁵⁶ (1) durch das Bekanntgeben der Informationen personenbezogene Daten²⁵⁷ offenbart und dadurch Interessen der 90 Betroffenen erheblich beeinträchtigt würden,²⁵⁸ (2) Rechte am geistigen Eigentum,²⁵⁹ insbes. Urheberrechte, durch das Zugänglichmachen von Umweltinformationen verletzt würden²⁶⁰ oder (3) durch das Bekanntgeben Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse²⁶¹ zugänglich gemacht würden oder die Informationen dem Steuergeheimnis (§ 30 AO) oder dem Statistikgeheimnis (§ 16 BStatG) unterliegen.

Informationen über²⁶² Rechtsverstöße, insbes. gegen strafrechtliche Bestimmungen, genießen *keinen Geheimnisschutz*.²⁶³ Auch Angaben über Emissionen²⁶⁴ (ferner die Nachweise bei → Rn. 88) sind nach § 9 Abs. 1 S. 2 UIG grds. nicht geheim. Vor der Entscheidung über die Offenbarung der Umweltinformation sind die Betroffenen 91 anzuhören.²⁶⁵ Hierzu gehören Unternehmer, die der Behörde übermittelte Informationen als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis gekennzeichnet haben. Soweit die informationspflichtige Stelle es verlangt, haben mögliche Betroffene im Einzelnen darzulegen, dass ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis vorliegt.²⁶⁶

Dem Schutz freiwillig übermittelter Informationen dient § 9 Abs. 2 UIG. Ausgenommen 92 sind auch hier Informationen über Emissionen.

Nach § 12 UIG können für die Übermittlung von Informationen *Gebühren und Auslagen* erhoben werden. Eine ablehnende Entscheidung ist nach ausdrücklichem Wortlaut gebührenfrei, desgleichen die Erteilung einfacher mündlicher und schriftlicher Auskünfte sowie die Akteneinsichtnahme vor Ort. Die Gebühren dürfen nach § 12 Abs. 2 UIG nicht 93 abschreckend wirken. Es ist aber durch Art. 5 UIRL nicht ausgeschlossen, kostendeckende Gebühren zu erheben²⁶⁷ und ggf. das wirtschaftliche Interesse des Antragstellers hierbei zu berücksichtigen. Die konkreten Gebühren- und Auslagentatbestände enthalten die Umweltinformationskostenverordnung und ihr Kostenverzeichnis.²⁶⁸

Erichsen/Scherzberg, Zur Umsetzung der Richtlinie des Rates über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt, 1992; Engel, Akteneinsicht und Recht auf Information über umweltbezogene Daten, 1993, S. 178 ff.

186

Überblick bei Sparwasser/Engel/Voßkuhle § 4 Rn. 39 ff.; Einzelheiten bei: Schomerus/Schrader/Wegener, Umweltinformationsgesetz, 2. Aufl. 2002; Turiaux, Umweltinformationsgesetz. Kommentar, 1995; Röger, Umweltinformationsgesetz. Kommentar, 1995; Kummer/Schumacher, Umweltinformationsgesetz, 1997; Schendel in Rengeling, EUDUR I, § 39, ferner Guckelberger NuR 2018, 378 ff.

187

EuGH 17.6.1998 – C-321/96, Slg 1998, I-3809 = NVwZ 1998, 945 – Wilhelm Mecklenburg/Kreis Pinneberg, mAnm Pitschas/Lessner DVBl 1999, 226 ff.; Vahldieck ZUR 1998, 200 ff.; Schrader NVwZ 1999, 40 ff.; EuGH 9.9.1999 – C-217/97, Slg 1999, I-5087 = NVwZ 1999, 1209 ff. – Kommission/Deutschland, mAnm Pitschas/Lessner DVBl 2000, 332 ff.; Wegener EuR 2000, 227 ff.

188

Vgl. den Überblick bei Sparwasser/Engel/Voßkuhle § 4 Rn. 39; Heselhaus EuZW 2000, 298 ff.; Wegener EuR 2000, 227 ff.; Voßkuhle in Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann, Informationsgesellschaft, S. 349, 381 f. Ferner Schoch EurUP 2018, 77 ff.

189

RL 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und zur Aufhebung der RL 90/313/EWG des Rates vom 28.1.2003 (ABl. 2003 L 41/26).

190

Hierzu Rinke, Der Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, 2009; Götze LKV 2013, 241 ff.; Murswiek/Ketterer/Sauer/Wöckel Verw 44 (2011) 235 (260 ff.); Louis NuR 2013, 77 ff.; Rudisile VBIBW 2013, 46 ff.

191

BVerfG 24.10.2002 – 2 BvF 1/01, BVerfGE 106, 62; Calliess EuGRZ 2003, 181 ff.; Erbguth FS Rengeling, 2008, 35 ff.; Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 40 f.

192

Umweltinformationsgesetz idF der Bek. vom 27.10.2014 (BGBl. 2014 I 1643), zul. geänd. durch G vom 20.7.2017 (BGBl. 2017 I 2808).

193

Überblick bei Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 118 ff.; Knack/Henneke/Ritgen § 29 Rn. 35; Schomerus/Tolkmitt NVwZ 2007, 1119 ff.; ferner Geiger AnwBl 2010, 464 ff.; Tolkmitt NordÖR 2007, 392 (zu Hamburg); Louis/Osterloh NordÖR 2008, 93; Tolkmitt NdsVBl 2008, 337 (Niedersachsen); Tolkmitt/Schomerus NWVBl 2008, 165 (Nordrhein-Westfalen).

194

Schreiner BayVBl 2009, 332 ff.

195

Guckelberger UPR 2006, 89 (90); Knack/Henneke/Ritgen § 29 Rn. 136; Schoch VBIBW 2010, 333 (335).

196

Zur Aarhus-Konvention als Auslegungsmaxime EuGH 16.2.2012 – C-182/10, ZUR 2012, 489 ff.

197

Schon BVerwG 25.3.1999 – 7 C 21.98, BVerwGE 108, 369 (372).

198

BVerwG 21.2.2008 – 4 C 13.07, BVerwGE 130, 223 (232) = NVwZ 2008, 791 (793).

199

BVerwG 21.2.2008 – 4 C 13.07, BVerwGE 130, 223 (233) = NVwZ 2008, 791 (794); unter Aufgabe von BVerwG 31.10.1995 – 1 B 126.95, NVwZ 1996, 400; OVG Berlin-Brandenburg 28.1.2015 – OVG 12 B 13.13, juris Rn. 80. Gegen die Ausklammerung öffentlich-rechtlicher Rechtsträger bereits früher Engel, S. 206; Kugelmann, S. 200; Röger, UIG, 1995, § 4 Rn. 7 f.; Schomerus/Schrader/Wegener UIG § 4 Rn. 5; Sparwasser/Engel/Voßkuhle § 4 Rn. 41. Europarechtlich zu eng ist die Amtl. Begründung zu § 3 UIG in BT-Drs. 15/3406, 15, die den Zugangsanspruch auf Personen mit Rechtsqualität beschränken will.

200

Reidt/Schiller, LR-Umweltrecht, UIG § 3 Rn. 7; Scherzberg DVBl 1994, 733 (736).

201

Zutr. Gurlit DV 44 (2011) 75 (80).

202

BVerwG 2.8.2012 – 7 C 7.12, NuR 2012, 849 (850) = ZUR 2012, 675; EuGH 14.2.2012 – C-204/09, NVwZ 2012, 491 – Flachglas Torgau; EuGH 18.7.2013 – C-515/11, Rn. 19 ff. mAnm Ekardt NVwZ 2013, 1591 – Deutsche Umwelthilfe; HessVGH 10.7.2013 – 6 A 544/13.Z, juris Rn. 16. – Der Bundesgesetzgeber hat jüngst die Anforderungen an die Informationspflicht von Bundesministerien im Rahmen der Gesetzgebung und beim Erlass von Rechtsverordnungen europarechtskonform konkretisiert, s. BT-Drs. 18/1585; Wegener NVwZ 2015, 609 (612).

203

BVerwG 18.10.2005 – 7 C 5.04, ZUR 2006, 92; Gurlit DV 44 (2011) 75 (86); Reidt/Schiller, LR-Umweltrecht, UIG § 2 Rn. 5.

204

BVerwG 23.2.2017 – 7 C 31.15, NVwZ 2017, 1775.

205

Sydow/Gebhardt NVwZ 2006, 986 (989); Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 54.

206

Louis NuR 2013, 77 (79); Schomerus ZNER 2006, 223.

207

Guckelberger UPR 2006, 89 (90); Näckel/Wasielewski DVBl 2005, 1351 (1355); Haas, Private als Auskunftsverpflichtete nach den Umweltinformations- und Informationsfreiheitsgesetzen, 2003, S. 132 ff.; aA Knack/Henneke/Ritgen § 29 Rn. 145.

208

EuGH 12.6.2003 – C-316/01, Slg 2003, I-5995, Rn. 24 – Glawischnig; EuGH 17.6.1998 – C-321/96, Slg 1998, I-3809, Rn. 21; EuGH 16.12.2010 – C-266/09,

NVwZ 2011, 156 – Stichting Natuur en Milieu; BVerwG 21.2.2008 – 4 C 13.07, BVerwGE 130, 223 = NVwZ 2008, 791 (792); OVG Münster 1.3.2011 – 8 A 2861/07.

209

BVerwG 24.9.2009 – 7 C 2.09, BVerwGE 135, 34 (38) – TEHG-Berechtigungsuteilungen.

210

Werres DVBl 2005, 611 (613).

211

Gurlit DV 44 (2011) 75 (88 f.); Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 47 ff.; BVerwG 18.10.2005 – 7 C 5.04, NVwZ 2006, 343 – Umfang der Nutzung eines Standortübungsplatzes der Bundeswehr durch Fallschirmspringerverein; OVG Berlin-Brandenburg 14.5.2012 -12 S 12.12, NuR 2012, 786 (787) – Untersuchung von Flugroutenalternativen vor Planfeststellung.

212

OVG Schleswig 15.9.1998 – 4 L 139/98, NVwZ 1999, 670 (671).

213

OVG Koblenz 2.6.2006 – 8 A 10267/06, NVwZ 2007, 351; VGH Mannheim 10.6.1998 – 10 S 58/97.

214

BVerwG 1.11.2007 – 7 B 37.07, NVwZ 2008, 80 (81).

215

VG Berlin 10.1.2006 – 10 A 215/04, NVwZ 2006, 850 (851) – Exportkredit; Mecklenburg/Verheyen NVwZ 2006, 781 ff.

216

VGH Kassel 16.3.2006 – 12 Q 590/06, NVwZ 2006, 951.

217

BVerwG 24.9.2009 – 7 C 2.09, BVerwGE 135, 34; EuGH 14.2.2012 – C-204/09, NVwZ 2012, 491 – Flachglas Torgau.

218

VG Trier 17.7.2009 – 5 L 330/09, NVwZ-RR 2009, 828 (829).

219

VG Düsseldorf 9.10.2009 – 26 K 5707/08.

220

OVG Berlin-Brandenburg 9.2.2015 – OVG 12 N 11.14, juris Rn. 4 f.

221

OVG Münster 27.6.2007 – 8 B 922/07, NVwZ 2008, 235.

222

VG Oldenburg 11.1.2017 – 5 A 268/14, juris Rn. 37 ff.

223

OVG Münster 1.3.2011 – 8 A 2861/07; s. aber auch EuGH 9.11.2010 – C-92/09, EuZW 2010, 939 (943), Rn. 72 ff. – Schecke, wonach die Veröffentlichungspflichten verschiedener EG-VO unverhältnismäßig sind und gegen Art. 7, 8 GRCh verstoßen.

224

BVerwG 21.2.2008 – 4 C 13.07, BVerwGE 130, 223 = NVwZ 2008, 791 (792).

225

VGH Mannheim 29.6.2017 – 10 S 436/15, juris Rn. 30.

226

VG Stuttgart 27.10.2016 – 14 K 3933/14, juris Rn. 31. Sa VGH Mannheim 16.10.2014 – 10 S 2043/14, juris Rn. 8 – Mappus-Emails.

227

Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 49; Reidt/Schiller, LR-Umweltrecht, UIG § 3 Rn. 53; aA für das UIG 2001 OVG Münster 15.8.2003 – 21 B 1375/03, NVwZ-RR 2004, 169 m. abl. Anm. Schomerus ZUR 2004, 30. Zudem besteht für die Behörde eine Rückholpflicht bzgl. abgegebener Akten, so OVG Berlin-Brandenburg 2.10.2007 – 12 B 9.07, juris Rn. 37; Rossi DVBl 2010, 554 (559).

228

OVG Münster 27.6.2007 – 8 B 922/07, NVwZ 2008, 235; OVG Münster 27.6.2007 – 8 B 920/07, NVwZ 2007, 1212; Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 75; Knack/Henneke/Ritgen § 29 Rn. 155; aA VGH Kassel 30.11.2006 – 10 TG 2531/06, NVwZ 2007, 348 (350).

229

BVerwG 25.3.1999 – 7 C 21.98, BVerwGE 108, 369 (371) = NVwZ 1999, 1220.

230

Insofern zutr. VGH Kassel 30.11.2006 – 10 TG 2531/06, NVwZ 2007, 348.

231

Der Wortlaut des § 4 Abs. 3 UIG ist insofern missverständlich, die Behörde hat ein echtes Wahlrecht, wie sie vorgeht, muss aber zumindest dem Antragsteller die informationsführende Behörde benennen, wenn sie bekannt ist.

232

S. dazu VG Stuttgart 13.11.2014 – 4 K 5228/13, juris Rn. 44.

233

§ 46 VwVfG ist jedoch anwendbar.

234

Sydow NVwZ 2013, 467 (468); OVG Magdeburg 29.6.2016 – 2 M 14/16, juris Rn. 37; s. aber auch BSG 13.11.2012 – B 1 KR 13/12 R, NVwZ 2013, 526, wonach es Sache der auskunftsverpflichteten Behörde ist, die Aktenführung so zu gestalten, dass der Aufwand für die gesetzlichen Auskunftsrechte möglichst gering gehalten wird.

235

S. dazu OVG Magdeburg 29.7.2016 – 2 M 14/16, juris Rn. 38 ff.

236

BVerwG 6.12.1996 – 7 C 64.95, BVerwGE 102, 282 (287); 25.3.1999 – 7 C 21.98, BVerwGE 108, 369 (371); OVG Koblenz 2.6.2006 – 8 A 10267/06, NVwZ 2007, 351 (354).

237

VGH Kassel 30.11.2006 – 10 TG 2531/06, NVwZ 2007, 348; Guckelberger UPR 2006, 79 (91 ff.); Voland DVBl 2011, 1262 (1267); Reidt/Schiller, LR-Umweltrecht, UIG § 6 Rn. 18. – Vor verwaltungsgerichtlicher Klage ist immer ein

Widerspruchsverfahren durchzuführen, auch wenn sich das Informationsersuchen an eine oberste Bundesbehörde richtet, § 6 Abs. 2 UIG.

238

Hierzu Guckelberger NuR 2018, 436 ff., 508 ff.; Wegener NVwZ 2015, 609 (612 ff.); Schmidt, Die Zugangsverweigerungsgründe und ihre Überprüfbarkeit durch die Gerichte bei Entscheidungen nach dem Umweltinformationsgesetz des Bundes, 2016.

239

Dies geht auf Art. 4 Abs. 2 S. 2 UIRL zurück, wobei das Veröffentlichungsinteresse sich aus dem gesetzlichen Informationsinteresse eines Einzelnen und der damit verbundenen Überwachung der Verwaltungstätigkeit bzw. besseren Umsetzung von Umweltnormen ergeben kann, s. BVerwG 21.2.2008 – 20 F 2.07, BVerwGE 130, 236 (247); Gurlit DV 44 (2011) 75 (98); Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 57. Auch hierin kommt das Jedermann-Recht mit der damit verbundenen Stellung des Einzelnen als Repräsentant der Allgemeinheit zum Ausdruck.

240

BT-Drs. 15/3406, 18; OVG Münster 3.8.2010 – 8 A 283/08, NVwZ 2011, 375; OVG Koblenz 20.2.2008 – 1 A 10886/07, NVwZ 2008, 1141 (1142); VGH Kassel 20.3.2007 – 11 A 1999/06, ZUR 2007, 595 (596); Knack/Henneke/Ritgen § 29 Rn. 164; Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 56.

241

Bei der im Rahmen der gebundenen Entscheidung zu treffenden Abwägung handelt es sich um eine sog. nachvollziehende Abwägung, vgl. zur entsprechenden Abwägungsklausel in § 15 Abs. 5 BNatSchG (§ 19 Abs. 3 aF) BVerwG 13.12.2001 – 4 C 3.01, NVwZ 2002, 1112 (1113); aA wohl Knack/Henneke/Ritgen § 29 Rn. 164, der von einer Ermessensentscheidung spricht. Instrukтив VGH Kassel 31.10.2013 – 6 A 1734/13.Z, juris Rn. 15 ff. zur Darlegungslast im Verfahren. Zum Rechtsschutz Drittbetroffener Voland DVBl 2011, 1262 (1267 f.).

242

Britz/Eifert/Groß DÖV 2007, 717 (721); Voland DVBl 2011, 1262 (1265).

243

So zutr. Knack/Henneke/Ritgen § 29 Rn. 165.

244

OVG Koblenz 2.6.2006 – 8 A 10267/06, NVwZ 2007, 351 (353): Die bloße Mitwirkung einer Behörde innerhalb des europarechtlichen lebensmittelrechtlichen Schnellwarnsystems ist jedenfalls keine Tatsache, deren Offenbarung die Interessen ausländischer Behörden nachhaltig beeinträchtigen kann.

245

OVG Koblenz 20.2.2008 – 1 A 10886/07, NVwZ 2008, 1141 (1142): es müssen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sein, dass gerade das Bekanntgeben der Informationen die Wahrscheinlichkeit eines Störfalls in einem Seveso-II-Betrieb erhöht.

246

OVG Münster 3.8.2010 – 8 A 283/08, NVwZ 2011, 375, lehnt dies für eine Stellungnahme, die das BfN an das BMU im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens abgegeben hatte, ab, weil die Beratungen jedenfalls abgeschlossen sind. Sa OVG Münster 30.8.2016 – 15 A 2024/13, juris Rn. 71; OVG

Berlin-Brandenburg 13.11.2015 – OVG 12 B 6.14, juris Rn. 38 ff. (Strategiepapiere des Bundeskanzleramts zum Atomausstieg nach dem Unfall von Fukushima), hierzu auch Wegener NVwZ 2015, 609 (613); ZUR 2016, 153 ff.

247

Das Gemeinschaftsrecht erfordert wohl eine besondere gesetzliche Regelung außerhalb des § 8 Abs. 1 Nr. 2 UIG, durch die die Nichtöffentlichkeit angeordnet wird, wie zB die kommunalrechtlichen Vorschriften über die Nichtöffentlichkeit einzelner Beratungen; Gurlit DV 44 (2011) 75 (95); ähnl. EuGH 14.2.2012 – C-204/09, NVwZ 2012, 491 (494), Rn. 61 – Flachglas Torgau: „ausdrückliche Regel, deren Anwendungsbereich genau bestimmt ist“. Der Bundesgesetzgeber hat deshalb die Informationspflicht von Bundesministerien im Rahmen der Gesetzgebung und beim Erlass von Rechtsverordnungen konkretisiert, s. BT-Drs. 18/1585; Wegener NVwZ 2015, 609 (612).

248

Drittschützend, s. Reidt/Schiller, LR-Umweltrecht, UIG § 8 Rn. 33; Voland DVBl 2011, 1262 (1263); BVerwG 28.10.1999 – 7 C 32.98, BVerwGE 110, 17 (20) zu § 7 Abs. 1 Nr. 2 UIG aF; aA Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 63.

249

Die Neufassung reagiert auf die Europarechtswidrigkeit des Informationsausschlusses für ein laufendes Verwaltungsverfahren in § 7 Abs. 1 Nr. 2 UIG 1994, EuGH 17.6.1998 – C-321/96, Slg I 1998, 3809 = NVwZ 1998, 945 – Wilhelm Mecklenburg/Kreis Pinneberg. Die rechtsschutzbezogenen Ansprüche auf Akteneinsicht in den genannten Verfahren bleiben hiervon unberührt.

250

Beispiele: Bekanntgeben von letzten Standorten gefährdeter Arten würde deren Überleben gefährden; vorzeitiges Bekanntgeben behördlicher Umweltschutzmaßnahmen könnte deren Erfolg beeinträchtigen.

251

Gurlit DV 44 (2011) 75 (93); OVG Münster 3.8.2010 – 8 A 283/08, NVwZ 2011, 375 (377); OVG Koblenz 2.6.2006 – 8 A 10267/06, NVwZ 2007, 351 (353); OVG Schleswig 15.9.1998 – 4 L 139/98, NVwZ 1999, 670 (674).

252

Hierbei ist nicht vom engen, anlagenbezogenen Begriff des § 3 Abs. 3 BImSchG auszugehen, erfasst sind – anlagenunabhängig – auch Emissionen, die nicht über den Luftpfad, sondern über andere Medien wie Wasser oder Boden übertragen werden, und Abfälle, so zutr. Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 58 f.; aA Reidt/Schiller, LR-Umweltrecht, UIG § 8 Rn. 45. Sa BVerwG 24.9.2009 – 7 C 2.09, BVerwGE 135, 34 = NVwZ 2010, 189 (191 f.).

253

Zum strengen Maßstab OVG Berlin-Brandenburg 6.3.2014 – OVG 12 B 20.12, juris Rn. 45 f. Ein bei zwei Behörden gleichzeitig gestellter Antrag ist nicht missbräuchlich, OVG Schleswig 10.7.1996 – 4 L 222/95, ZUR 1997, 43 (44). Offen ist, ob ein missbräuchlicher Antrag vorliegt, wenn der Antragsteller etwa die erbetenen Informationen nicht für die Förderung des Umweltschutzes, sondern ausschließlich für Zwecke verwenden will, für die der Informationsanspruch nicht eingeräumt ist, etwa dafür, einen Konkurrenten im wirtschaftlichen Wettbewerb auszuspähen, so wohl BVerwG 24.9.2009 – 7 C 2.09, BVerwGE 135, 34 = NVwZ 2010, 189 (191); anders

zutr. die Vorinstanz OVG Berlin-Brandenburg 17.12.2008 – OVG 12 B 23.07 (nur Schutz über § 9 UIG); Reidt/Schiller, LR-Umweltrecht, UIG § 8 Rn. 55; Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 64.

254

OVG Münster 3.8.2010 – 8 A 283/08, NVwZ 2011, 375; OVG Berlin-Brandenburg 8.5.2008 – OVG 12 B 24.07 (greift nur dann ein, wenn nach den konkreten Umständen des Einzelfalles bei Bekanntgabe der Informationen nachteilige Auswirkungen auf Beratungsvorgänge vorliegen).

255

Voland DVBl 2011, 1262 (1263); Reidt/Schiller, LR-Umweltrecht, UIG § 9 Rn. 1.

256

In Betracht zu ziehen ist ggf. eine Schwärzung oder Unkenntlichmachung geschützter Informationen.

257

ISd § 46 Nr. 1 BDSG, dh Informationen über juristische Personen werden nur über Nr. 3 geschützt, s. OVG Münster 1.3.2011 – 8 A 3357/08, juris Rn. 141; OVG Koblenz 2.6.2006 – 8 A 10267/06, NVwZ 2007, 351 (353); Reidt/Schiller, LR-Umweltrecht, UIG § 9 Rn. 7; Schrader in Schlacke/Schrader/Bunge, S. 68.

258

In der Abwägungsentscheidung spielt die Schutzwürdigkeit der jeweiligen personenbezogenen Daten eine wesentliche Rolle, so ist der besondere Schutz nach § 46 Nr. 14 BDSG besonders zu berücksichtigen; der Name eines Einwenders im Planfeststellungsverfahren ist schützenswerter als der des behördlichen Sachbearbeiters, vgl. auch BVerfG 19.12.2007 – 1 BvR 620/07, BVerfGE 119, 309 (323 ff.), Rn. 36 ff. – Fernsehaufnahmen im Gerichtssaal.

259

Urheberrechtlichen Schutz genießen das Recht der Erstveröffentlichung (§ 12 UrhG) und der Verwertung (§§ 15 ff. UrhG). Geschützt wird nach den urheberrechtlichen Bestimmungen nicht die Information, sondern das Werk als persönlich-geistige Schöpfung (§ 2 Abs. 2 UrhG), die zB bei einem Gutachten zum Grundwasserstand oder der Eignung für Erdwärmeversorgung meist nicht vorliegen wird. Der geistige Gedankeninhalt findet seinen Niederschlag und Ausdruck in der Gedankenformung und -führung des dargestellten Inhalts und/oder der besonders geistvollen Form und Art der Sammlung, Einteilung und Anordnung des dargebotenen Stoffs, s. BGH 9.5.1985 – I ZR 52/83, BGHZ 94, 276 (285). Sofern ein Urheberrecht bejaht wird, steht dies der Akteneinsicht nicht entgegen, ein Urheberrechtsverstoß liegt erst vor, wenn das Werk unberechtigt vervielfältigt wird, dh die Überlassung von Kopien zum individuellen Gebrauch ist zulässig, s. VG Frankfurt 23.1.2008 – 7 E 3280/06, NVwZ 2008, 1384 (1388); Schoch VBIBW 2010, 333 (339).

260

Bereits die Gewährung von Akteneinsicht in urheberrechtlich geschützte Antragsunterlagen eines Genehmigungsverfahrens kann einen Eingriff in das (Erst-)Veröffentlichungsrecht aus § 12 Abs. 1 UrhG darstellen, so OVG Münster 24.11.2017 – 15 A 690/16. Sa Wegener ZUR 2014, 32 (39 f.).

261

BVerwG 28.5.2009 – 7 C 18.08, NVwZ 2009, 1113; BVerwG 24.9.2009 – 7 C 2.09, BVerwGE 135, 34, Rn. 50: Ein Betriebs- und Geschäftsgeheimnis setzt neben dem Mangel an Offenkundigkeit der zu Grunde liegenden Informationen ein berechtigtes Interesse des Unternehmens an deren Nichtverbreitung voraus. Ein solches Interesse fehlt, wenn die Offenlegung der Information nicht geeignet ist, exklusives technisches oder kaufmännisches Wissen den Marktkonkurrenten zugänglich zu machen und so die Wettbewerbsposition des Unternehmens nachteilig zu beeinflussen; so auch BVerwG 25.7.2013 – 7 B 45.12, juris Rn. 10. Instrukтив VG Hamburg 25.2.2004 – 7 K 1422/03, NJOZ 2006, 1014 (1021 ff.); OVG Koblenz 6.9.2012 – 8 A 10096/12, NVwZ 2013, 376 (377); zu Agrarsubventionen OVG Münster 1.3.2011 – 8 A 3357/08 (überwiegendes öffentliches Bekanntmachungsinteresse); zu den grds. strengen Anforderungen der Rspr. an ein schützenswertes Betriebs- und Geschäftsgeheimnis Gurlit DV 44 (2011) 75 (96 ff.); ferner Schmidt/Hungeling NuR 2010, 449 ff. Die *Reichweite des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses* kann durch spezialgesetzli-

262

che Regeln wie §§ 22 Abs. 2 u. 3 ChemG, § 17 a Abs. 2 GenTG zusätzlich eingegrenzt sein; zu unverhältnismäßigen Veröffentlichungspflichten nach EG-Agrarrecht EuGH 9.11.2010 – C-92/09, EuZW 2010, 939 (943), Rn. 72 ff. – Schecke. BVerfG 14.3.2006 – 1 BvR 2087/03, BVerfGE 115, 205 (248) = NVwZ 2006, 1041 lässt es dahingestellt sein, ob der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen auch von Art. 14 Abs. 1 GG gewährleistet wird.

263

Gurlit DV 44 (2011), 75 (97 mwN).

264

VGH Mannheim 21.3.2017 – 10 S 413/15, juris Rn. 44, 55; OVG Berlin-Brandenburg 18.1.2018 – OVG 12 B 14.16, juris Rn. 26; eine enge Auslegung des Emissionsbegriffs abl. auch EuGH 23.11.2016 – C-673/13 P, juris Rn. 51 ff.

265

Hierzu OVG Münster 2.1.2009 – 13 a F 31/07, NVwZ 2009, 794.

266

ZB wenn pauschal alle übermittelten Umweltinformationen vom Unternehmer als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis gekennzeichnet werden. Zu den Anforderungen an die Darlegung s. OVG Koblenz 6.9.2012 – 8 A 10096/12.

267

OVG Münster 18.7.2007 – 9 A 4544/04, NVwZ-RR 2007, 648: Im Rahmen der Gebühr für die Erteilung von Umweltinformationen dürfen die Personalkosten für alle Behördentätigkeiten berücksichtigt werden, die unmittelbar zur Erfüllung des Umweltinformationsanspruchs erforderlich sind einschl. einer Rechtsprüfung, die wegen einer Drittbetroffenheit notwendig ist.

268

Verordnung über Kosten für Amtshandlungen der informationspflichtigen Stellen beim Vollzug des Umweltinformationsgesetzes vom 7.12.1994, neugefasst durch Bek. v. 23.8.2001 (BGBl. 2001 I 2247), geänd. durch Art. 4 G v. 22.12.2004 (BGBl. 2004 I 3704).

Zitiervorschläge:

NK-VwVfG/Rüdiger Engel VwVfG § 29 Rn. 75-93

NK-VwVfG/Rüdiger Engel, 2. Aufl. 2019, VwVfG § 29 Rn. 75-93

